

Erinnerungskulturelle Rechtswende

150 Jahre 1871 und der Deutungskampf ums Kaiserreich

Von Eckart Conze

Einhundertfünfzig Jahre nach seiner Proklamation im Spiegelsaal von Versailles wurde in Deutschland so heftig und so kontrovers wie schon lange nicht mehr über das Kaiserreich diskutiert. Der Jahrestag am 18. Januar bot dafür den Anlass, doch die eigentlichen Gründe für die Debatte liegen tiefer. Gestritten wurde – und wird – über das Kaiserreich und seinen Ort in der deutschen Geschichte, aber die Auseinandersetzung über den Nationalstaat von 1871 zielte von Anfang an auf die Gegenwart.¹ Sie war – und ist – eine geschichtsbezogene Selbstverständigungsdebatte der Deutschen im 21. Jahrhundert. Gewiss nicht die einzige, aber eine wichtige. Und ihr Zeitpunkt ist alles andere als zufällig.

Drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Vereinigung beherrschen Krisenwahrnehmungen und Verunsicherung nicht nur in Deutschland Politik und Gesellschaft. Zu ihren Ursachen zählen der Aufstieg des Rechtspopulismus mit seinen fließenden Übergängen zum Rechtsextremismus, ein neuer Autoritarismus innerhalb wie außerhalb Europas, revolutionäre Veränderungen von Medien und Kommunikation, die Dynamiken der Migration, der Klimawandel und schließlich die Pandemie. Der Optimismus der Jahre nach 1990 ist verflogen und einer neuen Unübersichtlichkeit gewichen. Aus einer derart unsicheren Zukunft erwächst die Suche nach Halt, Orientierung und Identität. Ob sie der Nationalstaat und die nationale Geschichte bieten können, auch darum ging es in der Debatte über das Kaiserreich. Und deswegen wurde das Reich von 1871 auch nicht als eine historisch abgeschlossene Epoche diskutiert, sondern mehr als ein Jahrhundert nach seinem Ende als Vorgeschichte der Gegenwart, als eine Geschichte, die noch immer – oder wieder neu – in die Gegenwart hineinragt.²

Seit seinem Untergang in Krieg und Revolution ist das Kaiserreich immer wieder, ja letztlich kontinuierlich Gegenstand geschichtsbezogener Selbst-

1 Das betonte auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zu diesem Jahrestag, und es wurde ebenso deutlich in der darauf folgenden Diskussion. Siehe die Dokumentation in: Frank-Walter Steinmeier: „Einen ungetrübten Blick auf das Kaiserreich gibt es nicht“. Rede und Gespräch mit Historikerinnen und Historikern zum 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches in Schloss Bellevue am 13. Januar 2021, Berlin 2021.

2 Siehe in dieser Perspektive auch meinen eigenen Beitrag: Eckart Conze: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München 2020.

verständnis der Deutschen gewesen. Das begann in der Weimarer Republik, als die Verklärung des Kaiserreichs entscheidend zur Zerstörung der Demokratie und damit zu Aufstieg und Machtübernahme des Nationalsozialismus beitrug. Damals bereits entstanden Argumente, die auch heute wieder auftauchen: Den Menschen sei es gut gegangen in Deutschland vor 1914, zumindest immer besser; das Land sei auf einem guten Weg gewesen und nicht zuletzt aufgrund der Politik Wilhelms II., des „Friedenskaisers“, habe Frieden geherrscht – bis zum Ersten Weltkrieg, der Deutschland aufgezwungen worden sei. Schon 1914 habe der „Weg nach Versailles“ begonnen, zu jenem fatalen Friedensvertrag, jenem „Schandfrieden“ in der Sprache der Zeit, der Deutschland von einer Welt von Feinden aufgezwungen worden sei und den man für die Misere der Weimarer Demokratie verantwortlich machte.³

Der Streit um die Sonderwegsthese

Nach 1945 war dieser trotzige und rückwärtsgewandte Nationalismus mit dafür verantwortlich, dass es so lange dauerte, bis das Kaiserreich zu einer historisch abgeschlossenen Epoche werden konnte. In der frühen Nachkriegszeit zeichneten Historiker ein Bild des Kaiserreichs, das vor allem dem Zweck diente, angesichts der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer Verbrechen sowie angesichts der deutschen Teilung die Idee der Nation und des deutschen Nationalstaats zu retten. Weit darüber hinaus, das Kaiserreich lediglich nostalgisch als „gute alte Zeit“ darzustellen, sollte seine Geschichte zeigen, dass ein deutscher Nationalstaat nicht nur möglich war, sondern der von 1871 bis in die Gegenwart anschlussfähig geblieben war und durch den Nationalsozialismus gerade nicht diskreditiert. Die kritische Auseinandersetzung mit diesem Geschichtsbild und der Versuch, die Bundesrepublik aus der Tradition reichsdeutscher Nationalstaatlichkeit des 19. Jahrhunderts zu lösen, waren wesentliche Elemente der politischen und kulturellen Liberalisierung und Westorientierung der Deutschen nach 1945. Es war kein Zufall, dass Historiker wie der einflussreiche Freiburger Ordinarius Gerhard Ritter, die in den Jahren um 1960 die kritische Sicht des Hamburger Historikers Fritz Fischer auf das Kaiserreich und auf die deutsche Politik im Vorfeld des Weltkriegs als „nationale Katastrophe“ bezeichneten und sie mit allen Mitteln bekämpften. Ganz in der Tradition schwarz-weiß-roter Ordnungsvorstellungen verteidigten sie während der „Spiegel“-Krise 1962 öffentlich das rechtswidrige Vorgehen gegen das Hamburger Magazin mit Hinweisen auf die „Staatsräson“ und bezeichneten die Kritik an diesem Vorgehen als „Skandal“.

3 Diese Argumentation begegnet einem bis heute, vgl. zum Beispiel Jörg Friedrich, 14/18. Der Weg nach Versailles, Berlin 2014; Benjamin Hasselhorn, Königstod. 1918 und das Ende der Monarchie in Deutschland, Leipzig 2018; oder Rainer F. Schmidt, Kaiserdämmerung. Berlin, London, Paris und St. Petersburg und der Weg in den Untergang, Stuttgart 2021. Für eine Analyse des Versailler Vertrags, seines Zustandekommens und seiner innenpolitischen Wirkung und Instrumentalisierung in Deutschland siehe Eckart Conze, Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 2018.

Dennoch charakterisierte seit den 1960er Jahren zunehmend kritische Distanz das Kaiserreich-Bild in Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit. Nicht zuletzt in der Denkfigur des deutschen „Sonderwegs“ bündelte sich, vorangetrieben durch die Fischer-Kontroverse und vor allem in einer jüngeren Generation, diese kritische Perspektive. Historiker wie Hans-Ulrich Wehler oder Jürgen Kocka und die mit ihnen verbundene „Bielefelder Schule“ kehrten dabei die schon aus der Zeit des Ersten Weltkriegs stammenden nationalkonservativen Deutung der deutschen Geschichte um, die den deutschen Nationalstaat, das Kaiserreich, und seinen Autoritarismus als überlegenen Gegenentwurf zu westlichen Modellen pries und als „deutschen Weg“ ideologisierte.⁴ Jenseits der Geschichte des Kaiserreichs lag die Bedeutung der Sonderwegsthese darin, dass sie historische Kontinuitätslinien über das Jahr 1918 hinaus postulierte und 1871 mit 1933 verband.

Durchgesetzt hat sich die Sonderwegsthese am Ende nicht, vor allem, weil sie die deutsche Entwicklung am Standard einer westlichen Normalentwicklung maß und dabei die Geschichte der westlichen Nationen, vor allem Großbritanniens und der USA, verklärte und idealisierte. Doch die mit ihr verbundene Frage nach den Verbindungen von Kaiserreich und Nationalsozialismus wird dadurch keineswegs obsolet, und genau das spielt in den gegenwärtigen Diskussionen durchaus eine wichtige Rolle. Denn je stärker man das Kaiserreich vom „Dritten Reich“ trennt, desto mehr erscheint der Nationalsozialismus wieder als „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte, wie es der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern schon vor mehr als 50 Jahren feststellte. Genau zur gleichen Zeit fragte Ralf Dahrendorf in seinem Buch „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ (1965) nach den Ursachen des Nationalsozialismus und suchte die Antwort darauf in der Frage: „Warum hat das Prinzip der liberalen Demokratie in Deutschland so wenig Freunde gefunden?“ Für den Soziologen war das die eigentliche „deutsche Frage“, und diese ließ sich für ihn nicht durch den Hinweis auf den Versailler Vertrag oder die Schuld Hitlers beantworten.

Das 19. Jahrhundert und die deutsche Frage

Wenn man das Scheitern der Weimarer Republik, ihre Zerstörung und den Aufstieg des Nationalsozialismus erklären will, dann muss man frei von jedem Determinismus den Blick auch auf die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts und damit auf das Kaiserreich richten. Der Hinweis allein auf den Ersten Weltkrieg, immer wieder begleitet von der mittlerweile doch überstrapazierten Formulierung George F. Kennans von der „Urkatastrophe“, der Hinweis auf die Kriegsniederlage und ihre Folgen reicht nicht aus, weil er nicht zuletzt die Dispositionen ausblendet, welche die Wahrnehmung und Deutung von Niederlage, Revolution und Republikgründung bestimmten. Diese Dispositionen, die die Weimarer Republik schwer belasteten, entstan-

4 Dazu noch immer Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, München 1980.

den im Kaiserreich. Und auch der Weltkrieg selbst ist nicht zu erklären, wenn man nicht auch nach seinen tieferen, weiter zurückliegenden Ursachen fragt, beispielsweise nach jenem nationalen Bellizismus, der mit der Kriegsgeburt Kaiserreich, entstammend den preußischen Kriegen gegen Österreich und Frankreich, untrennbar verbunden ist.⁵

Die kritische Distanz zum Nationalstaat Kaiserreich wird von manchen Historikern heute als Spezifikum der alten Bundesrepublik hingestellt, geboren aus der Notwendigkeit der Westbindung, als gleichsam historiographische Unterfütterung der westdeutschen Demokratiegründung und eines postnationalen Selbstverständnisses. Das verbindet sich implizit oder explizit mit der Position, dass sich im Nationalstaat Bundesrepublik seit 1990 die Frage nach einer deutschen Nationalgeschichte neu stelle. In der Kritik an den teils plumpen, teils subtileren Versuchen, den Nationalstaat Bundesrepublik in die Tradition des Reiches von 1871 zu stellen, sieht beispielsweise der Potsdamer Historiker Dominik Geppert eine „fehlende intellektuelle Selbstanerkennung des vereinigten Deutschlands als Nationalstaat“.⁶ Doch warum braucht der Nationalstaat Bundesrepublik, warum brauchen die Deutschen des Jahres 2021 ein in rosiges Licht getauchtes Bild des Kaiserreichs?

Eine kritische Sichtweise der deutschen Nationalgeschichte jenseits des Nationalsozialismus, werde, so lautet eine Antwort, politisch instrumentalisiert, sie zielt auf die deutsche Politik der Gegenwart. Das wurde schon 2014 deutlich, als sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Male jährte. Damals löste der australische Historiker Christopher Clark mit seinem Bestseller „Die Schlafwandler“ eine Debatte aus, die an die „Fischer-Kontroverse“ erinnerte. Aber auch 2014 ging es nicht nur um die Vergangenheit. Das Kaiserreich, so war schon damals zu lesen, werde in ein schlechtes Licht gerückt, es werde als autoritär und aggressiv charakterisiert, um das Deutschland des 21. Jahrhunderts zu treffen und es an einer selbstbewussten nationalen Politik zu hindern.⁷ Solche Positionen stoßen auf großen Widerhall. Christopher Clark bediente mit seinem Buch und seinen Thesen ein Publikum, das sich nach historischer Entlastung geradezu sehnt. Dieser Wunsch nach historischer Entlastung und einem befreienden und befreienden Blick auf die Geschichte erklärt auch den Erfolg der Historikerin Hedwig Richter, die in ihrem Buch „Demokratie. Eine deutsche Affäre“ eine deutsche Nationalgeschichte vom 19. bis ins 21. Jahrhundert präsentiert, eine fortschrittsgewisse Erfolgsgeschichte, hinter der die düsteren Kapitel der deutschen Geschichte, bis hin zum Nationalsozialismus, beinahe verschwinden. Trotz Holocaust, so behauptet sie, sei die deutsche Geschichte „zumeist ein recht gewöhnlicher Fall der Demokratiegeschichte“.⁸

5 Dazu umfassend Jörn Leonhard, *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten, 1750-1914*, München 2008.

6 Dominik Geppert, *Neuer Nationalismus? Vom deutschen Bedürfnis, das Kaiserreich schwarzzumalen*, in: „Neue Zürcher Zeitung“, 3.5.2021.

7 Vgl. Cora Stephan, *Die Urkatastrophe*, in: „Die Welt“, 14.11.2013, oder Dominik Geppert u.a., *Der Beginn vieler Schrecken*, in: „Die Welt“, 3.1.2014.

8 Hedwig Richter, *Demokratie. Eine deutsche Affäre*, München 2020.

Historikerinnen und Historiker haben durchaus keinen unerheblichen Anteil an dem heute als „normale Nation“ weichgezeichneten Kaiserreich. Nicht alle verfolgen dabei eine neonationalistische Agenda, vertreten aber dennoch eine einseitige Sicht. In dieser dominiert mit Blick auf das Kaiserreich beispielsweise ein Nationsverständnis, das primär auf Demokratisierung und Egalisierung abhebt, dabei jedoch die Schattenseiten von Nationalisierung und Nationalismus übersieht bzw. ausblendet: das Ausgrenzende, die Exklusion derer, die nicht zur Nation gehören sollten, den Imperativ der politischen, kulturellen und nicht zuletzt ethnischen Homogenisierung. Geschichtsbilder, die die Dynamik von Gesellschaft und Kultur des Kaiserreichs hervorheben, die vor allem die Modernität und Fortschrittlichkeit des Kaiserreichs betonen – und die Modernisierung und Fortschritt ausschließlich positiv konnotieren –, überdecken die Persistenz autoritärer Strukturen, die anhaltende soziale Fragmentierung, den aggressiven Militarismus, einen brutalen, zum Teil völkermörderischen Kolonialismus und die sozialdarwinistisch unterfütterte Ideologie nationaler Machtstaatlichkeit.

Die Rede von der »normalen Nation«

Diese Rede von der „normalen Nation“, worauf will sie hinaus? Natürlich waren im 19. und frühen 20. Jahrhundert alle westlich-europäischen Länder durch zahlreiche Gemeinsamkeiten und ähnliche Entwicklungen verbunden, politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich, kulturell. Aber diese Grundgemeinsamkeiten widersprechen nicht der Existenz nationaler Eigenheiten. Genau das hat die jüngere vergleichende und zum Teil auch die verflechtungsgeschichtliche Forschung erwiesen, die gern von denjenigen zitiert wird, die auch die Formulierung von der „normalen Nation“ im Munde führen und vor eine Renaissance des Sonderwegsdenkens warnen. Aber davon kann keine Rede sein. Die Sonderwegsthese der 1960er und 1970er Jahre ist doch gerade auch deshalb kritisiert und schließlich überwunden worden, weil sie von ahistorisch-artifiziellen Normalitätsvorstellungen ausging, die der Vielgestaltigkeit der europäisch-westlichen Nationen und ihrer Entwicklungen trotz der Grundgemeinsamkeiten nicht gerecht wurde. Dass man sich darüber hinaus von einem nationalen „Container-Begriff“ wie „das Kaiserreich“ lösen muss, um den Ambivalenzen und der Vielschichtigkeit der deutschen Gesellschaft im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert (auch in ihren transnationalen Bezügen) gerecht zu werden, hat jüngst die Historikerin Claudia Gatzka zu Recht betont.⁹ Zuweilen verbindet sich mit einer solchen Perspektivierung die Forderung, stärker nach dem „Wie“ zu fragen und weniger nach dem „Warum“. Mit Blick freilich auf Nationalsozialismus und Holocaust wird das „Warum“ noch lange zumindest eine Frageperspektive bleiben müssen.

Als angebliche „Sonderwegshistoriker“ werden dagegen heute wieder diejenigen bezeichnet, die einen kritischen Blick auf das Kaiserreich richten, die

9 Claudia C. Gatzka, „Das Kaiserreich“ zwischen Wissenschaft und Public History, in: „Merkur“, 7/2021, S. 5-15.

an seine Schattenseiten erinnern und die in der Auseinandersetzung mit der Frage nach den Ursachen des Nationalsozialismus historisch weiter zurückgehen als bis zum Ersten Weltkrieg. Doch der Vorwurf, die Sonderwegsthese zu revitalisieren, baut einen Popanz auf. Das verbindet sich mit der pauschalen Behauptung, das Kaiserreich taue nicht als Vorgeschichte des Nationalsozialismus. Sicher, das Kaiserreich ist nicht „die“ Vorgeschichte des Nationalsozialismus, aber es gehört zu dieser Vorgeschichte zweifellos dazu. Der Versuch, es aus dieser Vorgeschichte herauszulösen und die Zeit des Nationalsozialismus damit historiographisch zu isolieren, zu verinseln, ist ahistorisch und auch deshalb problematisch, weil der deutsche Neonationalismus der Gegenwart dann ein umso helleres und vermeintlich auch eher anschlussfähigeres Bild des deutschen Nationalstaats Kaiserreich zeichnen kann.

Für das Bemühen, eine deutsche Nationalstaatstradition von 1871 bis in die Gegenwart zu führen, ist das nicht ohne Belang und es passt ins Bild, dass die AfD, wie sie in ihrem Wahlprogramm 2021 erklärte, sich künftig „besonders gegen die Schmähung des Deutschen Kaiserreiches einsetzen“ möchte, das „faktenwidrig als rückständiger Unrechtsstaat diffamiert“ werde.

Eine erinnerungskulturelle Rechtswende aus der vermeintlichen Mitte

Wenn rechte Historiker einen „weniger miesepetrigen Blick“ auf die deutsche Geschichte fordern und in einer angeblich bis in die Gegenwart vertretenen Sonderwegsthese nichts anderes sehen als „die in die Geschichtswissenschaft eingegangene antideutsche Propaganda des Ersten Weltkriegs“, kann das kaum überraschen.¹⁰ Aber wenn in der liberalen Wochenzeitung „Die Zeit“ die Historikerin Hedwig Richter und der Journalist Bernd Ulrich ein „überkommenes und einseitiges Verhältnis zur Vergangenheit“, das sich in der angeblich noch immer wirksamen These eines deutschen Sonderwegs verdichte, für eine „Hysterisierung und Lähmung“ der Bundesrepublik und der deutschen Politik angesichts von Krisen der Gegenwart und Herausforderungen der Zukunft verantwortlich machen, dann wird erkennbar, in welchem Maße in der Auseinandersetzung über das Kaiserreich, über seine Geschichte und Wirkungsgeschichte und über sein Bild in der Gegenwart weit über den rechten Rand hinaus aktuelle politische Fragen verhandelt werden.¹¹

Zu der auf den ersten Blick neoliberalen Stoßrichtung des Manifests von Richter und Ulrich, die in gewisser Weise an die „Standortdebatte“ der 1990er und frühen 2000er Jahre anschließt, gesellt sich freilich insbesondere in den Geschichtsbezügen eine neonationale, ja geradezu neurechte. Eine „spezifische Deutung der deutschen Schuld“, eine bestimmte Interpretation der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die als Sonderwegsthese etikettiert wird, sei verantwortlich für die politische Misere der Gegen-

10 Benjamin Hasselhorn: Und ewig grüßt der Sonderweg, www.cicero.de, 30.7.2019.

11 Hedwig Richter und Bernd Ulrich, Die Angst vor dem Volk, in: „Die Zeit“, 8.4.2021 (dort auch die folgenden Zitate).

wart. Das von der Sonderwegsthese geprägte Geschichts- und Selbstbild der Deutschen, so die Folgerung, müsse überwunden werden, um neue Freiheiten, neue politische Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Die „Freiheit zu Zumutungen“ beispielsweise, der das mit der Staatsräson der Bundesrepublik „verkettete“ Geschichtsbild des Sonderwegs und eine angeblich noch immer wirkmächtige Vorstellung einer „schicksalhaften Anfälligkeit der Deutschen für Barbarei und von einem unausweichlichen Weg vom Kaiserreich zum Nationalsozialismus“ im Wege stehe.

Nicht einmal in der Hochzeit der Sonderwegsthese ist eine solche Sicht, ein solcher Determinismus je vertreten worden. „Vergangenheitspolitische Dogmen“ abzuräumen, fordern Richter und Ulrich und zielen damit im Kern auf eine erinnerungskulturelle Wende. Nicht zu Unrecht ist ihnen daraufhin vorgeworfen worden, die Vorstellung vom deutschen „Schuldskult“ zu bedienen und diese vom rechten Rand „in die politische Mitte zu hieven“.¹² Dass dabei auch noch mit „Souveränität“ argumentiert wird, ganz im Einklang mit dem jüngeren neonationalistischen Souveränismus, verstärkt diesen Eindruck.

Der Streit um das Berliner Stadtschloss und die Potsdamer Garnisonkirche

Der Streit über das Kaiserreich und über die preußisch-deutsche Geschichte kam nicht aus heiterem Himmel. Die oben bereits angesprochene, durch Christopher Clarks Buch ausgelöste Debatte über den Beginn des Ersten Weltkriegs und die Wirkung seiner Thesen in deutschen Selbstentlastungsdiskursen haben den Boden dafür bereitet. Nahezu zeitgleich mit der Veröffentlichung der „Schlafwandler“, wenn auch nach langem Vorlauf, erfolgte 2013 die Grundsteinlegung für den Wiederaufbau des Stadtschlusses der Hohenzollern in Berlin, das prominenteste und bis heute umstrittene rekonstruktionsarchitektonische Projekt der Berliner Republik. Der Streit über das im Jubiläumsjahr der Reichsgründung von 1871 vor wenigen Monaten offiziell eröffnete „Humboldt Forum“ hat mindestens zwei Dimensionen: zum einen die Bedeutung der preußisch-deutschen Geschichte für das Selbstverständnis und die Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert und zum anderen die Rolle des Humboldt Forums und seiner Ausstellungen in der Auseinandersetzung mit der deutschen kolonialen Vergangenheit, die mit der Geschichte des Kaiserreichs eng verbunden ist.

In den seit vielen Jahren kontroversen Debatten über das Humboldt Forum, die seine fast zwanzigjährige Planungs- und Baugeschichte begleitet und die mit seiner Eröffnung nicht an Schärfe verloren haben, überschneiden sich diese beiden Dimensionen. Darüber hinaus warf die Entscheidung über die Wiedererrichtung des Hohenzollernschlusses die Frage auf nach dem Ort der DDR im deutschen Gedächtnis. Denn dort, wo sich nun das Humboldt Forum erhebt, das mitten in der dichten Berliner Geschichts- und Erinnerungslandschaft laut einem seiner Gründungsintendanten „Selbstvergewisse-

12 Christina Morina und Dietmar Süß, Deutscher Frühling, in: „Süddeutsche Zeitung“, 15.4.2021.

„ermöglichen soll, befand sich bekanntlich zwischen 1976 und seinem Abriss 2006 der „Palast der Republik“ der DDR. Nicht wenige Kritiker lesen die Rekonstruktion des Stadtschlusses als Versuch einer Verherrlichung Preußens und zugleich als Ausdruck der Absicht, die DDR aus dem deutschen Gedächtnis zu tilgen. Hinzu tritt die mit ihrer Eröffnung keineswegs beendete Auseinandersetzung über die Ausstellungen außereuropäischer Kunst und Kultur, großenteils kolonialer Provenienz, denen das Humboldt Forum ein Dach bietet. Dass diese Ausstellungen auf letztlich dauerhaften Verbleib der dort gezeigten Objekte zielen, während zugleich die öffentliche Auseinandersetzung über die Rückgabe außereuropäischer Kulturgüter an Intensität noch zunimmt und die Legitimität der Rückgabeforderungen immer deutlicher zutage tritt, gehört zu den Grundwidersprüchen des Humboldt Forums. Für ein kosmopolitisches und weltoffenes Deutschland solle das Humboldt Forum stehen, für Vielfalt und ein friedliches Miteinander der Kulturen, betonen seine Befürworter. Aber welche Botschaft geht aus von dem wiedererrichteten Kuppelkreuz auf dem Hohenzollernschloss? Steht das goldene Kreuz aus der Zeit des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. für Universalismus und Diversität sowie für das friedliche, gleichberechtigte Miteinander der Kulturen? Wie geht dieser Anspruch des Forums zusammen mit der goldenen Umschrift am Tambour unter der Kuppel des Schlosses, in deren Text Friedrich Wilhelm IV. zwei Bibelstellen zusammenfügte: „... dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind“.

Kritisch stellte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zur Eröffnung des Humboldt Forums im September 2021 – eingeleitet mit den Worten: „So, jetzt steht es hier. Und nun?“ – fest, dass der Ort zwar den „architektonischen Schlussstein“ der neuen Mitte Berlins bilde, inhaltlich aber doch eher ein Anfang sei; dass er „provokierend unfertig“ sei; dass er mehr Fragen aufwerfe, „Fragen an unsere Nation“, als er Antworten gebe. Zu diesen Fragen gehört – nicht nur für den Bundespräsidenten – diejenige nach der Identität und Bestimmung des wiedererrichteten Schlosses, jener „steingewordenen und kreuzgekrönten Reminiszenz an preußische Dominanz“ in der Demokratie.¹³ Antworten auf solche Fragen werden nicht leichter durch die jüngst an die Öffentlichkeit gelangten Informationen über rechtsradikale und antisemitische Einstellungen und Äußerungen prominenter Großspender des Wiederaufbauprojekts, denen es offenkundig nicht darum ging, das Hohenzollernschloss zu einem Ort demokratischer politischer Kultur zu machen, sondern in ihm die vor- und undemokratische preußisch-deutsche Geschichte zu glorifizieren, sie anschlussfähig zu machen für die Gegenwart und sie ins Zentrum architektonischer Selbstdarstellung der Berliner Republik zu rücken.¹⁴

Von ähnlichen Auseinandersetzungen begleitet wie die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses ist seit vielen Jahren auch der Wiederaufbau des Turms der Potsdamer Garnisonkirche. Die Kritik an diesem Projekt, auf

13 Frank-Walter Steinmeier, Rede zur Ausstellungseröffnung im Humboldt Forum in Berlin, 22.9.2021, www.bundespraesident.de.

14 Philipp Oswald, Preußentum und Antisemitismus, in: „Der Tagesspiegel“, 27.10.2021.

das in seiner frühen Phase Rechtsradikale einen nicht unerheblichen Einfluss ausübten und das bis heute von Gegnern der liberalen, pluralistischen Demokratie begrüßt und – öffentlich – unterstützt wird, will nicht verstummen. Dass sie nicht verstummt, ist ein wichtiger Beitrag dazu, den wiedererrichteten Kirchturm schon in seiner Bauphase zu einem demokratischen Lern- und Erinnerungsort zu machen. Das ist angesichts der Geschichte der Garnisonkirche eine gewaltige Herausforderung. Denn die Garnisonkirche steht in der preußischen und preußisch-deutschen Geschichte wie wohl kein anderes Gebäude für die Verbindung von monarchischer Staatsmacht mit Kirche und Militär. Auch deswegen wurde sie schon früh zu einem Symbolort von Militarismus und, spätestens seit 1918, Demokratiefeindlichkeit.

Der „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933, als sich Hitler und Hindenburg vor der Kirche die Hand reichten und damit den Pakt der alten, aus dem Kaiserreich kommenden nationalkonservativen und der neuen nationalsozialistischen Demokratiezerstörer symbolisch bekräftigten, war kein punktuelles, für sich stehendes Ereignis und erst recht kein Missbrauch eines gleichsam unschuldigen Geschichtsorts, sondern er stand in der Konsequenz der jahrhundertelangen Geschichte der Kirche. Sie kann daher kein historischer Bezugspunkt sein, zu dem man sich affirmativ bekennt. Mit ihrer Geschichte kritisch und auch im Lichte gegenwärtiger Gefährdungen der Demokratie umzugehen, ist eine zentrale Herausforderung für das Projekt, der auf unterschiedlichen Ebenen – von der Architektur über die geplante Ausstellung bis hin zum Bildungsprogramm – begegnet werden muss, um zu verhindern, dass sie zum Identifikationsort für alte und neue Rechte wird.

Der Kampf der Hohenzollern

Zu den prominentesten Teilnehmern des „Tages von Potsdam“ 1933 gehörte auch „Kronprinz“ Wilhelm von Preußen. Bilder, deren propagandistische Wirkung kaum zu unterschätzen ist, zeigen den ältesten Sohn Wilhelms II. und Hitler, sich gegenseitig zulächelnd, im Gespräch. Nicht weit entfernt von dem damaligen Schauplatz residiert heute, am Rande des „Neuen Gartens“, die „Generalverwaltung des vormals regierenden Preußischen Königshauses“, wie sie sich seit 1925 nennt. Von dort aus betreibt Georg Friedrich Prinz von Preußen, Urenkel des letzten Kaisers, jene Entschädigungs- und Rückgabeforderungen, die in den letzten Jahren zu einer kontroversen Debatte über die Rolle des „Kronprinzen“ bei der Zerstörung der Weimarer Republik sowie beim Aufstieg und der Machtübernahme des Nationalsozialismus geführt haben. Mit einer juristischen Kampagne, Klagen und Unterlassungsaufforderungen gegen Historiker, Journalisten und Politiker, haben Georg Friedrich von Preußen und seine Anwälte versucht, diese Debatte zu ersticken.¹⁵

¹⁵ Ein großer Teil der Klagen der Hohenzollern, der auch den kampagnenartigen Charakter des juristischen Vorgehens zeigt, ist dokumentiert unter <https://wiki.hhu.de/spaces/viewspace.action?key=HV>.

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die Debatte nachzuzeichnen und die Entschädigungsproblematik zu beleuchten, die sich in der Sache selbst an der Frage festmacht, ob „Kronprinz“ Wilhelm von Preußen dem Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub“ geleistet habe, wie eine juristische Formulierung im sogenannten Ausgleichleistungsgesetz von 1994 lautet (das in einem solchen Fall Entschädigungsansprüche ausschließt). Denn darüber weist die Debatte als geschichtspolitische Auseinandersetzung weit hinaus. Hinter den Entschädigungs- und Rückgabeforderungen der Hohenzollern, einer in den Worten des AfD-Politikers Alexander Gauland „fast normalen bürgerlichen Familie“, steht eine komplexe historische Entwicklung, die zurückreicht bis in die Jahre unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Monarchie in Deutschland. Selbst ein von Georg Friedrich von Preußen in Auftrag gegebenes und finanziertes Buch wie das des Bremer Historikers Lothar Machtan spricht, wenn auch in eher raunendem Ton, von der Geschichte einer „Verstrickung“, vom „Kronprinzen“ als einem „Anti-Helden“ und „Vorschubleister“ für die Nationalsozialisten.¹⁶ Wesentlich klarer erzählt und analysiert Stephan Malinowski die „Geschichte einer Kollaboration“.¹⁷

Doch gibt es weiterhin Versuche „klitternder Rehabilitation“ (Jörn Leonhard), die sich nicht nur auf den ehemaligen Kronprinzen beziehen, sondern auf die Geschichte der Hohenzollern insgesamt. Vor einer „Hohenzollern-Dämonologie“, ja sogar vor „Sippenhaft“ meint der Historiker Michael Wolffsohn warnen zu müssen, und manche rechtskonservative Kollegen, ausschließlich Männer, springen ihm bei, unter ihnen Frank-Lothar Kroll, der auch als Redner beim von Björn Höcke-Intimus und -Vordenker Götz Kubitschek gegründeten „Institut für Staatspolitik“ in Schnellroda aufgetreten ist, oder der sich immer weiter nach rechts bewegende Historiker Peter Hoeres.¹⁸

Hier liegen auch die Verbindungen zu den Bemühungen um ein neues, unkritisches Bild des Kaiserreichs und der preußisch-deutschen Geschichte. So plädiert der Würzburger Historiker Benjamin Hasselhorn, der sich 2020 bei einer Bundestagsanhörung als Sachverständiger zur Rolle der Hohenzollern im Umfeld von 1933 äußerte, für einen „frischen, unvoreingenommenen Blick auf die letzte deutsche Monarchie“ und darüber hinaus für „ein neues, kritisch-reflektiertes Preußen-Bild“, zu dem dann beispielsweise Wilhelm II. als „Friedenskaiser“ gehört.¹⁹ Solche ostentativ revisionistischen Positionen sind symptomatisch für die Angriffe auf einen geschichtswissenschaftlichen und geschichtspolitischen Konsens, mit denen sich weit mehr verbindet als nur die Diskussion über die Berechtigung der Entschädigungsforderungen der Hohenzollern.

Zusammen mit der Debatte über den Kriegsbeginn 1914 deutet auch die öffentliche Kontroverse über die Hohenzollern auf ein sich veränderndes geschichtspolitisches Klima. Sie ist Teil einer neuen Auseinandersetzung

16 Lothar Machtan, *Der Kronprinz und die Nazis. Hohenzollerns blinder Fleck*, Berlin 2021.

17 Stephan Malinowski, *Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration*, Berlin 2021.

18 Dazu verschiedene, teils schon in der Tagespresse veröffentlichte Beiträge in Frank-Lothar Kroll u. a. (Hg.), *Die Hohenzollern-Debatte. Beiträge zu einem geschichtspolitischen Streit*, Berlin 2021.

19 Hasselhorn, a. a. O., S. 167 f.

der Deutschen über ihre nationale Geschichte, die mit der deutschen Vereinigung 1990 begonnen hat und die durch die gegenwärtigen Dynamiken einer Renationalisierung erneut befeuert wird. Es geht, stets mit Blick auf die deutsche Gegenwart, einmal mehr um die für die Geschichte des ersten deutschen Nationalstaats, des Deutschen Reichs, zentrale Frage nach Kontinuität und Diskontinuität zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. Und es geht zugleich um die Rolle und die Verantwortung der Eliten in diesen Entwicklungen, und gerade dafür stehen die Hohenzollern.

Geschichte ist immer Gegenwart

Der Versuch, ein kritisches Bild des Kaiserreichs zu entsorgen, es als „normale Nation“ darzustellen, wird einfacher, wenn man das Kaiserreich einschließlich seiner Eliten und seiner herrschenden Dynastie abtrennt vom Nationalsozialismus. An dieser Stelle berühren sich der Kaiserreichsrevisionsismus von weit rechts und jene Bemühungen, die, weit entfernt von nostalgischer Verklärung oder rechtspopulistischem Revisionismus, ihrerseits gerade für die Zeit des Wilhelminismus ein allzu helles Bild des Kaiserreichs zeichnen: ein Bild, das die kulturelle, wissenschaftliche und technische Dynamik der Jahre um 1900 betont und eine vibrierende Gesellschaft im Aufbruch beschreibt; ein Bild freilich, das dazu tendiert, die Schattenseiten dieser Dynamik auszublenden. Was, so muss man doch fragen, ermutigt die Hohenzollern, ihre Stimme seit einiger Zeit so laut und selbstbewusst zu erheben? Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Forderungen und dem Auftreten der Familie – man studiere die Internetseite „preussen.de – Die offizielle Seite des Hauses Hohenzollern“²⁰ – und den neuerdings wieder deutlicher zu vernehmenden Bekenntnissen zu Preußen, zur preußisch-deutschen Nationalgeschichte und insbesondere zur Geschichte des Kaiserreichs? Auch diese Fragen stehen am Ende des Jubiläumsjahrs 2021.

In der nun endenden Ära Merkel war die im Bundeskanzleramt angesiedelte Kulturpolitik in starkem Maße Geschichtspolitik. Das demonstrieren nicht zuletzt Projekte wie das Humboldt Forum, die kontroverse Debatten ausgelöst haben. Kultur- und geschichtspolitisch steht auch die neue Bundesregierung vor großen Herausforderungen. Zu ihnen gehört weiterhin die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, die mit dem Nationalsozialismus beginnt, aber dort nicht enden darf. Zu ihnen gehört auch eine kritische Reflexion des nationalen Paradigmas, die Tendenzen der Renationalisierung und eines neuen Nationalismus entgegenwirkt und den Kern einer demokratischen und freiheitlichen Erinnerungskultur bildet. Geschichte ist immer Gegenwart. Selten ist das deutlicher geworden als in diesem Jahr – in den Debatten über das Kaiserreich einhundertfünfzig Jahre nach seiner Gründung.

²⁰ Siehe www.preussen.de.